

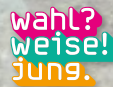
# Positionen



Antworten der Parteien

auf Fragen des BJR zur Landtagswahl

für Kinder und Jugendliche





## #demokratiebildung

Die U18-Wahl will zur politischen Bildung und zum kritischen Hinterfragen von Parteiprogrammen anregen.

Mit den Ansichten der Parteien zu einigen Themen, die für Kinder und Jugendliche wichtig sind, soll die politische Bildung im Rahmen der U18-Wahl unterstützt werden.

Der BJR hat acht Parteien nach ihren Standpunkten zu den Positionen der Jugendarbeit in Bayern gefragt. Die Parteien hatten entweder bei der U18-Bundestagswahl im Jahr 2017 in Bayern mehr als fünf Prozent der Stimmen erhalten oder sie lagen am Stichtag 5. Mai 2018 in den Umfragen über fünf Prozent. Damit hat der BJR am 9. Mai 2018 die Parteien Alternative für Deutschland (AfD), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE), Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU), DIE LINKE (DIE LINKE), Freie Demokratische Partei (FDP), FREIE WÄHLER Bayern (FREIE WÄHLER), Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei) um ihre Positionen gebeten. Zum Redaktionsschluss lagen die Ansichten der AfD und der Tierschutzpartei nicht vor.

### Fragen?

[www.bjr.de/wahlen](http://www.bjr.de/wahlen)

[u18@bjr.de](mailto:u18@bjr.de)

## Impressum

Bayerischer Jugendring K.d.ö.R.

Herzog-Heinrich-Straße 7

80336 München

tel 089/514 58-0

[www.bjr.de](http://www.bjr.de)

[publikationen@bjr.de](mailto:publikationen@bjr.de)

V.i.S.d.P.: Matthias Fack, Präsident



# Recht auf Jugendbeauftragte

**Jugendbeauftragte unterstützen, fördern und vertreten die Anliegen der Kinder und Jugendlichen in den Gemeinden. Sie sind die Schnittstelle zwischen jungen Menschen, Jugendarbeit und den Gemeindegremien.**

## Wir fordern:

- eine Pflicht zur Benennung von Jugendbeauftragten in die Bayerische Gemeindeordnung aufzunehmen
- die Bereitstellung von Qualifizierungsangeboten für Jugendbeauftragte



Ja! Wir auch. Jugendbeauftragte müssen in allen Orten Bayerns eingeführt werden. Wir wollen, dass das entsprechende Gesetz („Landkreis- und Gemeindeordnung“) geändert wird und eine Verpflichtung für alle Gemeinde- und Stadträte und für die Kreistage einführen, dass Jugendbeauftragte eingesetzt werden. Zukünftig soll es überall Jugendbeauftragte geben. Diese werden zusammen mit den Jugendlichen dafür sorgen, dass in allen Gemeinden und Landkreisen die Politik auch auf die Interessen der Jugend achtet.



Die Benennung von Jugendbeauftragten ist mittlerweile in den meisten kommunalen Gebietskörperschaften in Bayern gängiger Standard. Bundesweit sind in keinem anderen Bundesland die Jugendbeauftragten ähnlich stark etabliert. Auch existieren in keinem anderen Bundesland ähnliche durchgängige Konzepte der Beratung, Unterstützung und konzeptionellen Profilierung der Jugendbeauftragten, wie dies in Bayern durch die Unterstützung des BJR geschieht. Dies soll weiter gefördert werden.



Heute gibt es in fast allen bayerischen Kommunen ehrenamtliche Jugendbeauftragte, die sich für Wohl und Interessen von Jugendlichen einsetzen. DIE LINKE unterstützt darum die Forderung des Bayerischen Jugendrings, die Pflicht zur Benennung von Jugendbeauftragten in die Bayerische Gemeindeordnung aufzunehmen. Überall sollten junge Menschen ein Recht auf Jugendbeauftragte haben. Für eine Qualifizierung dieser wichtigen ehrenamtlichen Arbeit muss es flächendeckend Angebote geben.



Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass auch Jugendlichen Gehör in unserer Gesellschaft geschenkt wird und begrüßen ausdrücklich das Engagement von jungen Menschen für junge Menschen, denn sie sind es, die mit den heutigen politischen Weichenstellungen am längsten leben müssen. Deshalb setzen wir uns für eine nachhaltige und zukunfts-trächtige Politik ein, die nicht auf den kurzfristigen Wahlerfolg abzielt, sondern auch die Folgen für die jüngere Generation in unserem Land im Blick behält.



Wir FREIE WÄHLER wünschen uns anstelle eines zu benennenden Jugendvertreters einen zu wählenden Jugendbeauftragten in der Bayerischen Gemeindeordnung – analog dem in der GO vorgesehenen Ortssprecher. Dadurch wäre dieser durch die Jugend vor Ort legitimiert und die jungen Menschen würden an demokratische Prozesse noch besser herangeführt werden.



Jugendbeauftragte tragen oft ganz entscheidend dazu bei, dass die Anliegen der jungen Generation in den einzelnen Gemeinden Gehör finden. Wir wollen ihre Stellung deshalb stärken und weiterentwickeln. Konkrete Lösungswege wollen wir vor allem im Austausch mit dem BJR bzw. den Akteur\*innen der Jugendarbeit sowie den Kommunen erarbeiten. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Ausbildungs- und Beratungsangebote für Jugendbeauftragte verlässlich bereitgestellt und finanziert werden.



# Recht auf Wohnraum

Ein eigenständiges Leben mit angemessener, bezahlbarer Wohnung muss auch für junge Menschen möglich sein.

## Wir fordern:

- flächendeckenden, bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen
- den Ausbau von Wohnheimplätzen für junge Menschen in Studium und Ausbildung
- den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus



Wir wollen, dass sich junge Menschen in Stadt und Land wohlfühlen und Wohnraum finden, der zu ihrer Lebenssituation und zu ihren Finanzen passt. Dafür erhöhen wir den Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen im ganzen Land deutlich. Unser Ziel: 50.000 neue Wohnungen mit Sozialbindung in den nächsten fünf Jahren. Weil wir dem gesellschaftlichen Zusammenhalt hohe Bedeutung zumessen, werden wir alternative Wohnformen wie z.B. Mehrgenerationenhäuser, Wohnen für Hilfe etc. unterstützen.



Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum in guter Qualität ist eine zentrale Voraussetzung für gutes Leben in Bayern. Wir wollen mit einer eigenen Wohnungsbaugesellschaft „BayernHeim“ bis 2025 10.000 neue Wohnungen errichten und mit dem Baukindergeld die Bildung von Wohneigentum, insbesondere für junge Familien, fördern. Zusätzlich unterstützen wir die Eigentumsbildung mit einer Eigenheimzulage von einmalig 10.000 Euro. Denn Wohneigentum ist die beste Altersvorsorge.



Eines der zentralen Themen der LINKEN ist guter, bezahlbarer Wohnraum für alle. Wir fordern den Bau von 40.000 neuen Sozialwohnungen jährlich, um den aktuellen Mangel auszugleichen. Vor allem für junge Menschen ist es schwer, an bezahlbare Wohnungen zu kommen. Sie ziehen oft den Kürzeren, weil sie wenig Einkommen und Sicherheiten haben. Wir fordern daher eine drastische Erhöhung der finanziellen Landesmittel zum Bau von Wohnheimplätzen für Studierende und Azubis.



Wir Freie Demokraten wollen gerade junge Menschen dabei unterstützen, ihre Vorstellungen von Wohnen zu verwirklichen. Das Hauptproblem warum es gerade jungen Menschen an leistbaren Wohnungen fehlt ist die Kostentreiberei des Staates, der mit Bürokratie, Auflagen und Hemmnissen private Investitionen bremst, die den Marktpreis am Wohnungsmarkt drücken würden. Wir setzen uns für eine liberale Bau- und Wohnungspolitik ein, die Investitionen in den Wohnungsmarkt und den Erwerb von Eigenheim erleichtert.



Wir FREIE WÄHLER fordern die Anhebung des Zuschussanteils bei der Wohnraumförderung von derzeit 300 Euro auf 750 Euro pro qm und eine Streichung der Grunderwerbsteuer für den sozialen Wohnungsbau, damit mehr günstiger Wohnraum entsteht. Für junge Menschen fordern wir ein Sonderförderprogramm für attraktive und günstige Mietwohnungen in Dörfern, da diese hier oft fehlen. Zudem fordern wir mehr Geld für Wohnheimplätze für Studenten und Azubis.



Jede\*r muss sich ein Dach über dem Kopf leisten können. Wir fordern 100.000 neue bezahlbare Wohnungen. Wir wollen Mieten begrenzen, Mieterrechte stärken und vor Luxussanierungen schützen. Wir fordern mehr Geld für sozialen Wohnungsbau, von Bund und Land. Der Verkauf staatlicher Flächen darf nicht nach Höchstpreis gehen, sondern an Bauherren, die bezahlbaren Wohnraum schaffen. Wir wollen, dass 15 Prozent der jungen Menschen in Studium und Ausbildung einen Wohnheimplatz erhalten, nicht nur jeder Zehnte.



# Recht auf persönliche Entwicklung

**Non-formale Lernerfahrungen, die junge Menschen in der Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit machen können, sind ein wesentlicher Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung.**

## Wir fordern:

- ein Schul- und Hochschulwesen, das regelmäßiges ehrenamtliches Engagement ermöglicht
- die Möglichkeit zur Freistellung vom Unterricht, analog dem Jugendarbeitsfreistellungsgesetz



Ja! Wir auch. Wir wollen die politische Bildung im Schulsystem deutlich ausbauen und darüber hinaus den SchülerInnen umfassende Möglichkeiten zum Engagement geben. Wir wollen im Schulsystem Freiräume schaffen für projektorientierten Unterricht und wir wollen, dass junge Menschen mehr Möglichkeiten bekommen, sich zu engagieren. Das regelmäßige ehrenamtliche Engagement vieler Menschen ist eine wichtige Grundlage für unsere demokratische Gesellschaft. Wir wollen dies umfassend fördern.



Wir haben im März 2018 das Katastrophenschutzgesetz dahingehend geändert. Es haben künftig auch volljährige Schüler und Studenten bei Einsätzen zur Katastrophenabwehr einen gesetzlichen Freistellungsanspruch vom Unterricht oder der Ausbildung. Das ist für die Nachwuchsgewinnung ein ganz wichtiger Aspekt. Gerade in Zeiten schwindender Helferzahlen sind Hilfsorganisationen auf jeden einzelnen Helfer angewiesen.



Durch politische Fehlentscheidungen gibt es für Kinder und junge Erwachsene in Schulen und Hochschulen immer weniger Freiräume. Die sind aber notwendig für eine persönliche Entwicklung, sei es in Sport, Kultur oder Politik. Ehrenamtliches Engagement muss möglich sein, wenn es nicht anders geht, auch in Schulzeiten. Eine Möglichkeit zur Freistellung vom Unterricht, analog dem Jugendarbeitsfreistellungsgesetz, sollte auch für das Schul- und Hochschulwesen eingerichtet werden.



Wir Freie Demokraten wollen das Ehrenamt in Bayern unterstützen und ihm Rückendeckung geben. Uns geht es hierbei unter anderem um das Ehrenamt im Freizeitbereich, denn Freizeitaktivitäten sind ein essentieller Kern des Lebens einer jeden Gemeinde. Wir treten daher dafür ein, dass Schulen in Trägerschaft verstärkt mit lokalen Vereinen kooperieren können, zum Beispiel im Bereich Sport.



Wie auch Sie sehen wir FREIE WÄHLER hinsichtlich des Jugendarbeitsfreistellungsgesetzes noch Nachbesserungsbedarf, so fehlt bisher beispielsweise die Freistellung für die immens wichtige Gremienarbeit. Eine Freistellung vom Unterricht sehen wir eher kritisch.



Wir müssen Schule so organisieren, dass ehrenamtliches Engagement zeitlich möglich ist (Ganztagsschule statt Hausaufgaben) und das, was man im Ehrenamt lernt, in der Schule gewürdigt wird. Im Studium sollen junge Menschen für Jugendarbeit freigestellt werden können. Wir wollen außerdem Hochschulen ermöglichen, Ehrenamt in Form von Credit Points anzuerkennen. Auch BAföG soll aufgrund von bürgerschaftlichem Engagement länger bezogen werden können.



# Recht auf politische Bildung

Um als Bürger\_in im Gemeinwesen angemessen partizipieren zu können, braucht man nicht nur als junger Mensch Angebote politischer Bildung.

## Wir fordern:

- eine Erhöhung der Förderung für außerschulische politische Bildung
- die weitere Stärkung der verbandlichen und offenen Jugendarbeit als Orte politischer Bildung, die die Selbstverantwortung junger Menschen stärken
- den Ausbau der politischen Bildung an allen Schularten und das Ermöglichen von Partizipationserfahrungen im Unterricht und Schulleben
- die Einführung eines Bildungsfreistellungsgesetzes



Wir auch. Wir werden die politische Bildung schon in der Grundschule stärken und der Sozialkunde an allen Schulen einen höheren Stellenwert geben. Demokratisches Handeln im Unterricht, in der Schulgemeinschaft und in der verbandlichen und in der offenen Jugendarbeit werden wir stärken. Die Schülermitverantwortung werden wir auf Schul- und auf Landesebene stärken. Auch die Erwachsenenbildung verbessern wir durch ein Bildungsfreistellungsgesetz und eine bessere Förderung der Angebote.



Ganzheitliche Angebote der außerschulischen Jugendbildung und die Einrichtungen der Jugendarbeit begleiten junge Menschen beim Aufwachsen. Diese ehrenamtliche Arbeit verdient höchste Anerkennung. Sie bietet ein geeignetes Umfeld für soziales Lernen und Verantwortungsübernahme und ist ein fester Anker in unserer Gesellschaft. Wir wollen diese außerschulische Bildungsarbeit weiterhin fördern und stärken. Im Zuge der G9-Reform wurde die Politische Bildung im Stundenplan fächerübergreifend gestärkt.



Die außerschulische Bildung ist eine bundesdeutsche Errungenschaft und ein zentraler Ort der Demokratieverziehung. In Zeiten von zunehmenden demokratiefeindlichen Positionen und steigender Politikverdrossenheit ist eine vermehrte Förderung außerschulischer politischer Bildung enorm wichtig. Dazu gehört die Stärkung der verbandlich und offenen Jugendarbeit und mehr Mitbestimmung und gelebte Demokratie auch in Unterricht und an den Schulen.



Wir Freie Demokraten wollen mehr politische Bildung während und außerhalb der Schulzeit sicherstellen. Besonders in den höheren Klassen soll die Beschäftigung mit Politik intensiviert werden. Wichtig ist uns, dass im Sinne eines Meinungspluralismus der Fokus vermehrt auf Podiumsdiskussionen mit Vertretern aller relevanten Parteien gelegt wird. In diesen sollen Schüler auch die Möglichkeit haben, sich aktiv in die Debatte einzubringen und kritische Fragen an die Parteienvertreter zu richten.



Wir FREIE WÄHLER erkennen den Wert der verbandlichen und offenen Jugendarbeit für die jungen Menschen in unserem Land. Diese gilt es auch weiterhin mit passgerechten Förderungen gezielt zu unterstützen. Die Idee eines Bildungsfreistellungsgesetzes unterstützen auch wir FREIE WÄHLER, legen aber Wert darauf, dass die Situation der kleinen und mittleren Betriebe dabei berücksichtigt wird.



Kann man Demokratie lernen wie Mathe oder Deutsch? Demokratieverziehung braucht Zeit, um sich mit demokratischen Spielregeln vertraut machen; zu erleben, was es heißt Verantwortung zu übernehmen; mitzugestalten, mitzureden, mitzubestimmen. Demokratieverziehung muss überall stattfinden: in der Schule, im Verein, im Dorf oder Stadtviertel, an der VHS und im Elternhaus. Alle, die an dem Erlernen von Demokratie mitarbeiten, müssen erhalten, was sie brauchen: Zeit, Geld und Unterstützung.



# Recht auf Mobilität

**Junge Menschen sind auf den ÖPNV in besonderer Weise angewiesen: für den Weg zur Schule, Ausbildungsstätte und Universität, aber auch in ihrer Freizeit.**

## Wir fordern:

- ein kostengünstiges landesweites Jugendticket
- ein Bildungsticket für alle jungen Menschen, in Schule, Ausbildung oder Studium
- die vollständige Erstattung der Schulwegkosten über die 10. Jahrgangsstufe hinaus und bei freier Wahl der Schule
- den Ausbau des ÖPNV-Angebots im ländlichen Raum sowie eine Verbesserung der Taktung am Wochenende und in den Abendstunden



Wir Grünen wollen ein kostengünstiges landesweites Jugendticket, für alle Jugendlichen und junge Erwachsene bis 28, die sich in Schule, Ausbildung oder Studium befinden. Wir fordern eine Mobilitätsgarantie: An allen Tagen von 5-24 Uhr stündlich eine Bahn- oder Busverbindung für jeden Ort in Bayern und eine Verbesserung der Taktung am Wochenende.



Für einen attraktiven und in die Zukunft gerichteten ÖPNV wollen wir digitale Informations- und Vertriebssysteme fördern. Der ÖPNV ist in Stadt und Land attraktiver zu gestalten. Wir wollen die finanzielle Förderung des ÖPNV verbessern. Ziel ist es, den ÖPNV bis 2050 nicht nur digital vollständig zu vernetzen und mit WLAN auszustatten, sondern auch einheitliche Fahrpläne und einen einheitlichen Tarif in ganz Bayern zu ermöglichen.



DIE LINKE streitet für einen ticketfreien ÖPNV und bereits kurzfristig für Kostenfreiheit für Kinder bei Bus und Bahn – bei der Fahrt zu ihren Bildungsstätten grundsätzlich. Während der ÖPNV abgebaut wird, möchte DIE LINKE einen Ausbau des ÖPNV, auch im ländlichen Bereich, auch an Wochenenden und abends. Falls der Weg zur Ausbildung nicht anders möglich ist, sollten Genehmigungen für Schüler unter 18 Jahren gelten, einen Führerschein erwerben zu können, um zur Ausbildungsstätte zu fahren.



Uns Freien Demokraten ist bewusst, dass besonders für Jugendliche und junge Erwachsene (vor allem im ländlichen Raum) Mobilität unverzichtbar für gesellschaftliche Teilhabe ist. Wir setzen uns daher mit Nachdruck für eine starke Förderung des ÖPNV ein, erkennen aber zugleich die Bedeutung verschiedener Mobilitätskonzepte wie Anrufsammeltaxen, Carsharing und Bürgerbusse an. Jeder Mensch soll selbst entscheiden, welches Verkehrsmittel für ihn das richtige ist.



Wir FREIE WÄHLER haben im Februar 2017 einen Gesetzentwurf in den Bayerischen Landtag eingebracht, nach dem Schüler bis zur 10. Klasse die Schulwegkosten auch dann teilweise erstattet bekommen sollen, wenn nicht die nächstgelegene Schule gewählt wird. Beim ÖPNV fordern wir einen Stundentakt in ganz Bayern und ein einheitliches, bayerisches Tarifsystem, in dessen Rahmen es dann auch günstige Tickets für Jugendliche und Menschen in Ausbildung geben soll.



Immer längere und teurere Pendelwege verlangen gerade von jungen Menschen, Schulkindern, Auszubildenden und Studierenden mehr Mobilität. Mit einem kostenlosen Landesticket für junge Menschen wollen wir Mobilität mit dem umweltfreundlichen öffentlichen Nahverkehr verbessern und soziale Teilhabe bei geringem Einkommen erleichtern. Zudem wollen wir alle Schulwegkosten erstatten und insgesamt mehr Angebote im ÖPNV schaffen, besonders an den Wochenenden und in den Abendstunden.



# Recht auf gelebte Demokratie

Als Mittel gegen Rechtsextremismus und -populismus setzt die Jugendarbeit in Bayern auf pädagogische Arbeit, gelebte Bündnisse für Demokratie und Aufklärung.

## Wir fordern:

- politische Bildungsangebote durch unabhängige Träger und nicht durch Verfassungsschutz und Polizei
- den Aufbau und Ausbau sowie die bedarfsgerechte Ausstattung von unabhängigen Beratungsstellen, insbesondere der Jugendarbeit als Träger politischer Bildungsarbeit
- die Überarbeitung des Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus mit einem Fokus auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure



Ja, wir auch. Wir Grünen wollen den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Einsatz für eine welt-offene, demokratische, moderne und friedliche Gesellschaft stärken. Dazu werden wir u.a. die Angebote zur schulischen und außerschulischen Demokratiebildung ausbauen. Diese Aufgaben werden wir dem Verfassungsschutz entziehen. Bayern braucht auch endlich ein Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, das das breite zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechts stärker anerkennt, einbindet und fördert.



Unsere freie, offene Gesellschaft darf keine Radikalisierung dulden. Wir bekämpfen politischen Extremismus von Links wie von Rechts ebenso wie jede Art von religiösem Extremismus. Die wehrhafte Demokratie darf weder auf dem rechten, noch auf dem linken Auge blind sein. Dazu gehört auch die Stärkung politischer und kultureller Bildung. Ziel ist, den Bürgerinnen und Bürgern den Rechtsstaat im Sinne einer gewachsenen Rechtskultur als unverzichtbaren Teil unseres Zusammenlebens näherzubringen.



Die Polizei ist kein Lehrkörper. Verfassungsschutz hat wie die Bundeswehr an Schulen und in Bildungseinrichtungen nichts verloren. Bildungsangebote zur Bekämpfung von Rechtsradikalismus sollten die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure in den Fokus nehmen. Den Auf- und Ausbau von unabhängigen Beratungsstellen gegen rechts zur Unterstützung der Arbeit vor Ort ist essentiell, um rechten Ideologien wirksam etwas entgegenzusetzen.



Als überzeugte Demokraten sagen wir jeder Form von Extremismus den Kampf an. Religiöser Fanatismus, Rechts- und Linksextremismus, Antisemitismus, Rassismus oder Frauenfeindlichkeit dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Wir treten deshalb dafür ein, bestehende Präventionsprogramme zu evaluieren und vor allem ehrenamtliches Engagement gegen Extremismus zu fördern und besser in staatliche Programme zu integrieren.



Politische Bildungsangebote durch unabhängige Träger unterstützen wir. Politische Aufklärungskampagnen der Polizei in Schulen, wie etwa im Zuge des PAG, lehnen wir entschieden ab. Davon ausgenommen sind Programme wie Verkehrserziehung und Drogenaufklärung. Rechtsextremisten, Linksradikale und islamistische Fundamentalisten versuchen gezielt, junge Menschen für ihre Ideen zu gewinnen. Deshalb brauchen wir den Ausbau unabhängiger Beratungsstellen und eine verstärkte politische Bildung in den Schulen.



Der beste Schutz gegen Radikalisierung ist es, Demokratie praktisch zu erlernen und zu leben. Angebote, die aus der Gesellschaft heraus entstehen, sind attraktiver und sinnvoller als Belehrungen durch Polizei oder Verfassungsschutz. Wir wollen das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus zu einem Förderprogramm „Demokratie stärken“ weiterentwickeln, das vor allem auf Prävention und zivilgesellschaftliche Akteur\*innen setzt und die Kommunen im Kampf gegen politischen Extremismus mehr unterstützt.



# Recht auf Digitalisierung und Medienkompetenz

**Kritische Medienkompetenz ist wichtig, um die Chancen von Internet und Social Media für Partizipation zu nutzen, zugleich aber auch die Risiken beurteilen zu können. Grundvoraussetzung hierfür ist, der Zugang zu digitalen Medien für alle.**

## Wir fordern:

- den Ausbau medienpädagogischer Angebote
- freies WLAN für alle, besonders an Bildungsorten und Einrichtungen der Jugendarbeit
- eine flächendeckende Breitbandversorgung auch im ländlichen Raum



Das Wissen und die Fähigkeiten für die digitale Welt wollen wir bündeln und ein Fach Digitalkunde an allen bayerischen Schultypen einführen. Damit soll v.a. auch Medienkompetenz und die Fähigkeit, sich in der digitalen Welt selbstbestimmt zu bewegen, vermittelt werden. Freies WLAN möchten wir wo immer möglich anbieten, z.B. in öffentlichen Einrichtungen. Wir Grünen fordern außerdem Gigabit-Internet für jedes bayerische Haus durch einen flächendeckenden Glasfaserausbau in Bayern.



Die Digitalisierung ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen. Wir haben erstmals in der Staatsregierung einen Minister für Digitalisierung eingesetzt. Grundlage für eine erfolgreiche Digitalisierung ist die Infrastruktur. Bis 2025 werden wir alle Haushalte an das Gigabit-Netz anschließen. Damit jeder teilhaben kann, ist digitale Bildung besonders wichtig. Wir wollen Schüler besser auf das Leben und Arbeiten in der digitalen Welt vorbereiten. Wir erhöhen die bisherige finanzielle Förderung und werden 50.000 digitale Klassenzimmer entwickeln.



Die Digitalisierung verändert die Gesellschaft – den politischen Raum und die Arbeitswelt im Besonderen. Damit alle Kinder und Jugendliche gleiche Chancen haben, sich die heute notwendige Medienkompetenz anzueignen, ist ein substanzieller Ausbau medienpädagogischer Angebote wichtig. Aber auch materielle Grundlagen müssen geschaffen werden: Wir fordern eine flächendeckende Breitbandversorgung Bayerns und die kostenfreie, frühzeitige Ausstattung von Lernenden mit mobilen digitalen Endgeräten.



Wir Freie Demokraten sind die Digitalisierungspartei des Landes. Während andere Parteien für Kreuze in Klassenzimmern kämpfen, setzen wir uns für WLAN und Tablets ein. Wir wollen die digitale Schule verwirklichen, die neue interaktive Möglichkeiten für einen besseren Lernerfolg nutzt. Zudem gilt es die Lücken in der mobilen Sprach- und Datenversorgung ebenso zu schließen wie die weißen Flecken im Breitbandnetz. Die Menschen sollen entscheiden, wo sie leben möchten und nicht die digitale Infrastruktur.



Wir stehen für eine Medien- und Netzpolitik, die den freien Zugang zum Internet für alle sozialen Gruppen und eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. Wir stehen für den konsequenten Schutz von Persönlichkeitsrechten. Zudem hat der Schutz der Jugend oberste Priorität.

Wir wollen, dass in jedem Winkel Bayerns ein leistungsfähiges Internet für die Unternehmen zur Verfügung steht, um im weltweiten Standortwettbewerb bestehen zu können.



Gerade bei Digitalisierung und Medienkompetenz geht es um gleiche Chancen für alle Schulkinder und Jugendliche. Deshalb muss der Freistaat den Kommunen mehr Geld geben, damit überall im Land an Schulen und in der offenen Jugendarbeit Breitband- und WLAN-Zugang verfügbar ist – und das schnell. Der Umgang mit Medien, Games, Apps, Social Media und den eigenen Daten in der digitalen Welt muss von klein auf zum Lernen gehören. Lehrer\*innen und Erzieher\*innen müssen entsprechend geschult werden.



# Recht auf Nachhaltigkeit

**Wir verstehen Nachhaltigkeit als ein Handlungsprinzip mit ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten. Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen ist unerlässlich für eine gute Lebensgrundlage künftiger Generationen.**

## Wir fordern:

- die Einhaltung von gesetzten Grenzwerten
- das Festhalten an den deutschen Klimazielen
- die Regulierung des Flächenverbrauchs
- die konsequente Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung des Weltaktionsprogramms Bildung für Nachhaltige Entwicklung auf bayerischer Ebene



Wir Grüne wollen, dass Bayern ein lebens- und liebenswertes Land bleibt. Sauberes Wasser, gute Luft zum Atmen, eine reiche Tier- und Pflanzenwelt und ein gutes Klima. Die Klimaziele auf Bundesebene gehen uns nicht weit genug. Wir wollen das Verbrennen von dreckiger Kohle, Öl und Gas und die gefährliche Atomkraft viel schneller beenden. Der Verbrennungsmotor in Autos hat für uns keine Perspektive. Außerdem wollen wir den ausufernden Flächenfraß bis 2020 um mehr als die Hälfte reduzieren.



Zum Pariser Klimaschutzabkommen hat Deutschland maßgeblich beigetragen. Wir haben in Deutschland eine neue nationale Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet, durch die die vereinbarten Ziele der Agenda 2030 der UNO umgesetzt werden sollen. Wir wollen Flächen schonen und gleichzeitig Wachstum in Bayern ermöglichen. Verbote sind aber der falsche Weg. Dies geht nur zu Lasten der kommunalen Selbstverwaltung. Wir setzen auf Anreize statt auf Verbote und führen bspw. eine Entsiegelungsprämie ein.



Im Klimawandel ist es fünf nach zwölf. Deshalb gibt es hier größten Handlungsbedarf. Die Zukunft künftiger Generationen wird verspielt. Daher müssen die CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele verschärft und nicht immer weiter durch die politisch Verantwortlichen nach hinten geschoben werden. Wir streiten für die Einhaltung der gesetzten Grenzwerte und deren Überarbeitung im Sinne des Klimaschutzes. Die Umsetzung der Agenda 2030 unterstützen wir sowie eine Reduzierung des Flächenverbrauchs durch strikte Gesetze.



Für uns Freie Demokraten bedeutet eine nachhaltige Entwicklung nicht automatisch Verzicht. Ressourcen effizient zu nutzen erfordert technologische Innovation und intelligente Nutzungskonzepte. Von starren Flächenverbrauchsgrenzen halten wir nichts, da diese den ländlichen Raum jeglicher Zukunftschance berauben und das Schaffen von Wohnraum gerade für junge Menschen massiv erschweren würden. Mit ganzheitlichen innovativen Lösungen können wir Wirtschaft und Umwelt in Einklang bringen.



Wir sind grundsätzlich für die Einhaltung von Grenzwerten. Hierfür muss viel mehr getan werden. Deshalb gehört der Klimaschutz auch ins Grundgesetz und die Bayerische Verfassung! Der Flächenverbrauch und die Flächeninanspruchnahme für Verkehrs- und Siedlungsentwicklung müssen intelligent reduziert werden. Wir setzen uns für mehr Umweltbildung ein und fordern, dass Einrichtungen, die in der Umweltbildung tätig sind, vom Freistaat finanziell besser unterstützt werden.



Nachhaltige Politik beginnt vor Ort. Die SPD hat im Landtag gerade ein Klimaschutzgesetz eingebracht, das den Ausstoß von Treibhausgasen stark begrenzen soll. Dazu brauchen wir eine Verkehrswende: Bahn und Bus müssen ausgebaut und kostengünstiger werden! Stichwort Energiewende: Wir wollen den Windkraft-Stopp aufheben. Beim Flächenverbrauch streben wir eine Flächenkreislaufwirtschaft an. Wir werden die Alpen besser schützen. Sie sind ein einzigartiger Naturraum und kein Freizeitpark!



# Recht auf Jugendhilfe für Geflüchtete

Junge Geflüchtete sind zuerst junge Menschen. Für sie müssen – wie für alle anderen auch – der Vorrang des Kindeswohls, die Ermittlung des konkreten Hilfebedarfs und die Einzelfallentscheidung gelten.

## Wir fordern:

- Jugendhilfe muss am tatsächlichen Bedarf von jungen Menschen ansetzen und darf nicht nach Herkunfts- und Aufenthaltsstatus diskriminieren. Es darf keine Zwei-Klassen-Jugendhilfe geben
- Solange ein Anspruch auf Jugendhilfeleistungen besteht, dürfen keine Abschiebungen erfolgen
- dass der Begriff „Obergrenze“ nicht mehr im Zusammenhang mit geflüchteten Menschen verwendet wird



Wir fordern eine einheitliche Kinder- und Jugendhilfe mit dem Grundsatz der individuellen Bedarfsdeckung. Die Jugendämter vor Ort wissen am besten, was Kinder und Jugendliche brauchen – wir müssen sie nur arbeiten lassen. Kinder und Jugendliche, die sich in Schule und Ausbildung befinden, sollten nicht abgeschoben werden. Aus unserer Sicht kennen Menschenrechte keine Obergrenze, niemand darf in einer Situation, in der Folter oder unmenschliche Behandlung drohen, zurückgewiesen werden.



Wir sind stolz auf gelingende Integration in unserem Land. Aber die Integrationsfähigkeit darf nicht überfordert werden. Wir wollen die Migrationsbewegungen nach Deutschland begrenzen. Das Grundrecht auf Asyl bleibt unangetastet. Wer schutzbedürftig ist, bekommt Hilfe. Auch Leistungen der Jugendhilfe richten sich nach dem Bedarf. Aus dem Flüchtlingsstatus erwächst kein unbegrenztes Aufenthaltsrecht. Bei den Sozialleistungen muss klar unterschieden werden. Für abgelehnte Asylbewerber wollen wir auf Sachleistungen umstellen.



Menschenrecht kennt keine Obergrenze: Unabhängig vom Aufenthaltsstatus müssen Kinder und Jugendliche geschützt werden und benötigen gleichberechtigten Zugang zur Jugendhilfe. DIE LINKE kämpft gegen Abschiebungen, insbesondere von jungen Menschen. Wer Menschen in existenzieller Not Hilfe verweigert, verstößt gegen das Menschenrecht auf Asyl. Durch den Asylkompromiss aus dem Jahre 1992 und die späteren Verschärfungen wurde dieses Grundrecht seiner Substanz beraubt. Das wollen wir ändern.



Wichtig ist für uns eine schnelle Umsetzung der 3+2-Regelung, die vor allem jungen Flüchtlingen den Abschluss einer Ausbildung ermöglichen würde. Für uns Freie Demokraten ist das Menschenrecht auf Asyl nicht verhandelbar. Aus diesem Grund, lehnen wir auch jede wie immer ausgestaltete „Obergrenze“ ab.



Fakt ist, dass durch den Zuzug vieler junger Menschen die Kapazität der Jugendhilfeeinrichtungen stark beansprucht wurde. Wir FREIE WÄHLER treten auch weiterhin dafür ein, passgenaue Lösungen zu suchen und immer den Einzelfall in den Fokus zu rücken, anstatt „Gesamtpakete“ vorzuhalten. Negative Kampfbegriffe wie „Obergrenze“ lehnen wir ab.



Im Landtag haben wir uns immer wieder gegen Versuche der CSU gewehrt, eine Zwei-Klassen-Jugendhilfe zu etablieren und damit die Zukunft von Jugendlichen aufs Spiel zu setzen. Die Jugendämter vor Ort können am besten beurteilen, wer was braucht – und nicht die Staatsregierung aus der Ferne. Mit Abschiebungen junger Menschen muss die Politik sensibel umgehen, sie sollten die absolute Ausnahme sein. Den Begriff „Obergrenze“ lehnen wir ab, er schürt Stimmungen und löst kein einziges Problem.



# Recht auf demokratische Beteiligung

**Junge Menschen sind an vielen Stellen von demokratischen Prozessen ausgeschlossen. Damit sie ihre Interessen selbst vertreten können, müssen mehr Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden.**

## Wir fordern:

- eine kontinuierliche Förderung von Jugendarbeit in Bayern
- verbindliche Jugend- und Nachwuchsquoten für relevante Entscheidungsgremien
- Partizipation junger Menschen als Grundsatz in der Bayerischen Verfassung
- eine Festschreibung von Kinder- und Jugendbeteiligung in der Bayerischen Gemeindeordnung



Ja! Die demokratische Beteiligung der Jugend muss deutlich ausgebaut werden. Wir wollen das Mindestalter von 40 Jahren für den/die MinisterpräsidentIn streichen und Wahlalter 16 bei Wahlen und Volksentscheiden. Auf Landesebene wollen wir einen verbindlichen „Jugend-Check“ einführen und in der Gemeinde- und Landkreisordnung werden wir eine umfassende Jugendbeteiligung festschreiben und überall Jugendbeauftragte einführen. Außerdem werden wir Jugendparlamente und Jugendbeiräte einführen.



In Bayern haben wir die Ausgaben für Jugendarbeit seit 2015 um knapp 15 Prozent erhöht. Wir wollen Jugendliche für Politik begeistern und die Akzeptanz unserer Demokratie stärken. Die Landeszentrale für politische Bildung soll verstärkt in die Vermittlung demokratischer Werte eingreifen. Das gesellschaftliche und politische Engagement sowie die kulturelle Bildung junger Menschen sind für uns von großer Bedeutung. Deshalb sorgen wir für beste Rahmenbedingungen und werden die finanziellen Mittel nochmals erhöhen.



Wir unterstützen die Forderung nach einer institutionell verbindlichen Jugend- und Nachwuchsquote für relevante Entscheidungsgremien. Die Beteiligung junger Menschen sollte als Grundsatz in die Bayerische Verfassung aufgenommen und in der Bayerischen Gemeindeordnung festgeschrieben werden. Um eine kontinuierliche Unterstützung von Kindern und Jugendlichen abzusichern, ist eine kontinuierliche Förderung von Jugendarbeit unerlässlich. DIE LINKE möchte eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre.



Für uns Freie Demokraten hat die Jugendarbeit einen hohen Stellenwert, denn diese leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Selbstständigkeit von jungen Menschen und stellt die Teilhabe an unserer Gesellschaft sicher. Wir fordern daher unter anderem, dass Kommunen wo nötig dabei unterstützt werden, reduzierte Nutzungsgebühren von Sportanlagen und Hallen für Jugendarbeit anbieten zu können.



Wir FREIE WÄHLER sehen den Weg der Staatsregierung, zunehmend auf temporäre Förderungen zu setzen, als nicht zielführend an. Die Jugendarbeit in Bayern hat schlichtweg eine kontinuierliche Förderung verdient. Quotenregelungen sehen wir eher kritisch, so muss vor Ort zuerst evaluiert werden, ob sich auch genügend junge Menschen für ein Entscheidungsgremium zur Verfügung stellen. Die gesetzliche Festschreibung der Kinder- und Jugendbeteiligung in der Bayerischen Gemeindeordnung unterstützen wir!



In den vergangenen Jahren hat die SPD im Landtag wiederholt beantragt, deutlich mehr Geld in die Jugendarbeit zu investieren – die CSU hat dies in den Haushaltsverhandlungen allerdings stets abgelehnt. Doch mehr Geld ist nicht alles. Wir wollen auch die Beteiligungsrechte der jungen Generation stärken und u.a. das Wahlalter auf 16 Jahre absenken. Jugendliche müssen mehr Möglichkeiten erhalten, aktiv Politik mitzugestalten und sich in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.